

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 46 (1954)
Heft: 6

Artikel: Erklärung des IBFG zur Vollbeschäftigung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353643>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

müssen. Wir haben die hauptsächlichsten uns bekannten Varianten darzulegen versucht. Eines ist sicher: Ueberall, wo ein System der kollektiven Produktionsprämie eingeführt worden ist, sprechen die Ergebnisse und gemachten Erfahrungen zu ihren Gunsten. Ange- sichts dieser Tatsache – denn es handelt sich nicht mehr um bloße Theorien – kann man sich nur wundern, daß die Arbeitgeberver- bände dem Problem immer noch gleichgültig gegenüberstehen und die ausgetretenen Geleise nicht verlassen wollen.

E. Giroud, Zentralsekretär SMUV

Erklärung des IBFG zur Vollbeschäftigung

Der Kleine Ausschuß (Geschäftsleitung) des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) nahm an seiner Sitzung vom 1.—3. März 1954 eine Erklärung an, in der die von den freien Gewerkschaften befür- wortete Vollbeschäftigungspolitik im großen Umriß dargelegt wird. Nach- stehend der offizielle Wortlaut dieser Erklärung.

1. Als die wahren Verfechter der Bestrebungen der Arbeiterschaft kämpfen die freien Gewerkschaften um Vollbeschäftigung, eine sich ausweitende Wirtschaft, sozialen Fortschritt und einen ständig stei- genden Lebensstandard für alle, die für ihren Lebensunterhalt arbei- ten müssen. Sie kämpfen um die Verwirklichung dieser Ziele im Rahmen einer freien Gesellschaft und eines gerechten Friedens.

2. Große Fortschritte sind von den freien Gewerkschaften auf die- sem Wege erzielt worden, aber die Aufgaben, vor denen sie stehen, sind immer noch gewaltig. Trotz großen Bemühungen der freien Ge- werkschaften in der ganzen Welt, trotz wiederholten Empfehlungen des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen und der Internationalen Arbeitsorganisation sind noch immer zahlreiche Industrieländer von Arbeitslosigkeit in hohem Ausmaße betroffen und ist das Problem der Unterbeschäftigung in wirtschaftlich unter- entwickelten Ländern seiner Lösung kaum um einen Schritt näher gekommen. Außerdem macht sich nach etwa einem Jahrzehnt stetiger wirtschaftlicher Expansion und Vollbeschäftigung für einige der führenden Industrieländer jetzt die Gefahr eines wirtschaftlichen Rückschlages und eines absinkenden Beschäftigungs- und Lebens- niveaus wieder bemerkbar.

3. Die freien Gewerkschaften beobachten mit wachsender Besorg- nis, daß in vielen Ländern rückschrittliche Strömungen zugenom- men haben, die die primäre Bedeutung der Vollbeschäftigung ab- leugnen, und daß gewisse Regierungen unter ihrem Einfluß eine Wirtschaftspolitik betreiben, die den Beschäftigungsgrad, anstatt zu heben, herabzudrücken droht oder bereits herabgedrückt hat.

4. Diesen rückschrittlichen Tendenzen sagen die freien Gewerkschaften einen entschiedenen Kampf an. Sie wiederholen die Feststellung des dritten Weltkongresses des IBFG, daß der Anspruch auf Beschäftigung ein unabdingbares soziales Recht ist und daß die Vollbeschäftigung vor allen anderen nationalen und internationalen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen den Vorrang erhalten muß. Die freien Gewerkschaften weisen jedoch nachdrücklich und vorbehaltlos totalitäre Methoden zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung zurück, zu denen Zwangsarbeit und die Unterdrückung persönlicher und politischer Freiheit gehören, wie überhaupt jedes System, durch das die Arbeiter ausgebeutet werden und ihr Lebensstandard gesenkt wird.

5. Vollbeschäftigung ist eine unerlässliche soziale, wirtschaftliche und politische Notwendigkeit. Es ist ein unveräußerliches Grundrecht jedes Menschen, seinen Lebensunterhalt durch Arbeit verdienen zu können. Es ist sozial untragbar, daß Millionen Arbeitswilliger zum Nichtstun verurteilt sind. Es ist auch wirtschaftlich widersinnig und kostspielig, Arbeitskräfte brachliegen zu lassen, die in der Lage wären, durch ihre Arbeit den Wohlstand der Gesellschaft zu heben. Die soziale Unsicherheit und Deklassierung eines großen Teiles der arbeitenden Bevölkerung infolge der Arbeitslosigkeit muß zu politischen Spannungen führen, die totalitäre Strömungen zu verstärken drohen.

6. Eine sich ausweitende dynamische und fortschrittliche Wirtschaft schafft die besten Bedingungen für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung. Eine derartige Wirtschaft, die auf die ständige technische Weiterentwicklung und die Hebung des Wohlstandes der Bevölkerung gerichtet ist und jedem Arbeitswilligen Beschäftigung gibt, ist das Ziel des gewerkschaftlichen Kampfes auf wirtschaftlichem Gebiet.

Die Erreichung und Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung macht umfangreiche Maßnahmen erforderlich und wirft zahlreiche Probleme auf. So gibt es in einigen bestimmten Ländern eigene Probleme wie auch Fragen, die auf Grund der Verschiedenheit politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse in den einzelnen Ländern unterschiedliche Gestalt annehmen. Die Grundhaltung gegenüber den wichtigsten Aspekten der Vollbeschäftigung ist jedoch für alle freien Gewerkschaften die gleiche. In diesem Sinne beschließt der Exekutivausschuß des IBFG, die von den Gewerkschaften befürwortete Vollbeschäftigungspolitik im großen Umriß darzulegen.

7. Vollbeschäftigung bedeutet, daß alle Arbeitswilligen und Arbeitsfähigen Beschäftigung finden können. Es ist klar, daß Verschiebungen in technischen, geographischen und sonstigen Bedingungen sowie saisonale Faktoren Arbeitslosigkeit hervorrufen können. In einer gesunden und sich ausweitenden Wirtschaft ist eine solche Arbeitslosigkeit jedoch nur von vorübergehender Dauer: eine

wirksame Vollbeschäftigungspolitik wird dafür sorgen, daß alle freigesetzten Arbeitskräfte so schnell wie möglich wieder absorbiert werden und daß saisonale Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit durch zweckmäßige wirtschaftliche und technische Organisation auf ein Minimum reduziert werden.

8. Es muß ebenfalls anerkannt werden, daß in manchen, insbesondere in wirtschaftlich unterentwickelten Ländern, die wirtschaftlichen Hilfsquellen nicht ausreichen, um alle Arbeitskräfte voll zu beschäftigen. Erstes Ziel der Wirtschaftspolitik in diesen Ländern muß daher sein, die für die Erreichung der Vollbeschäftigung erforderlichen wirtschaftlichen Hilfsquellen so rasch wie möglich zu erschließen. Internationale Finanzhilfe sollte dafür in ausreichendem Umfang zur Verfügung gestellt werden.

9. Unter allen Umständen ist es die Pflicht jeder Gesellschaft, Bedingungen zu schaffen und aufrechtzuerhalten, durch die alle Mitglieder zu Arbeit gelangen können. Einer Gesellschaft, die dieser Pflicht nicht nachkommt, fehlt es an Moral, Gerechtigkeit und politischer Stabilität.

***Hohe wirksame Nachfrage:
Eine Vorbedingung für Vollbeschäftigung***

10. Die freien Gewerkschaften setzen sich für eine dynamische Weltwirtschaft ein, die von sich ausweitenden Volkswirtschaften gestützt wird. Die entscheidende Vorbedingung für eine solche Wirtschaft ist eine wirksame Nachfrage, die, ständig ansteigend, jederzeit hoch genug ist, um für alle mit der verfügbaren Arbeitskraft und den anderen Wirtschaftsfaktoren produzierten Waren und Dienstleistungen den Absatz zu sichern.

11. Die wirksame Nachfrage eines Landes ergibt sich durch den Verbrauch, die Investition und den Ausfuhrüberschuß. Die gesamte Nachfrage aus allen diesen Quellen sollte stets hoch genug sein, um die Vollbeschäftigung zu gewährleisten, doch können und werden tatsächlich die günstigsten Beziehungen zwischen der Größe des Verbrauchs, der Investitionen und der Ausfuhr von Land zu Land und von Zeit zu Zeit verschieden sein. Im großen und ganzen ist die erste Vorbedingung für die Vollbeschäftigung ein hoher Verbrauch, da Investitionen letzten Endes durch die bestehende oder voraussehbare Nachfrage nach Verbrauchsgütern veranlaßt werden. Einige Länder stehen vor der Notwendigkeit, ihren Produktionsapparat in einem solchen Umfange zu erweitern, daß ein erheblicher Teil des nationalen Produktionsertrages in Investitionen fließt. Dies kann vor allem notwendig werden, um strukturelle Arbeitslosigkeit zu verhindern. Für die wirtschaftliche Lebensfähigkeit bestimmter Länder ist der Außenhandel von ganz besonderer Bedeutung; daher muß ihre Wirtschaftspolitik den jeweiligen Situationen auf den

internationalen Märkten und ihren Exportaussichten angepaßt werden.

12. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen erhält die Erhöhung der Verbraucherkaufkraft sowie der öffentlichen Aufwendungen für Waren und Dienstleistungen, Investitionen inbegriffen, besondere Bedeutung. Zahlreiche Länder müssen sich mit dem Problem befassen, Rückgänge in der militärischen Produktion durch Friedensproduktion auszugleichen. Für die Vereinigten Staaten, deren wirtschaftliche Tätigkeit die gesamte freie Welt entscheidend beeinflußt, taucht ferner das Problem auf, die Verbraucherkaufkraft so weit zu erhöhen, daß sie mit dem äußerst schnell wachsenden Produktionsapparat und einer rapid anwachsenden arbeitsfähigen Bevölkerung Schritt halten kann.

Verbraucherausgaben

13. Die Kaufkraft der Verbraucher bestimmt deren Lebensstandard. Eine hohe Verbraucherkaufkraft ist daher an sich eine wichtige soziale Zielsetzung. In Industrieländern stammen die wichtigsten Verbrauchereinkommen von den Lohn- und Gehaltsempfängern. Hohe Löhne und gesicherte Lohneinkommen bilden daher die hauptsächlichen Bedingungen für das eine Vollbeschäftigung notwendige Niveau der Verbraucherkaufkraft. In einer in Ausweitung befindlichen Wirtschaft ist Raum für eine ständige Steigerung der Reallöhne. Eines der hauptsächlichsten Ziele der Gewerkschaften ist in der Tat die Erreichung hoher und steigender Reallöhne für die Arbeiter.

14. Die Gewerkschaften weisen alle Argumente zugunsten hoher Gewinne und niedriger Löhne zurück. Während hohe Löhne eine günstige Wirkung auf das Verbrauchsniveau haben, wird das Verbrauchsniveau von hohen Gewinnen häufig ungünstig beeinflußt. Ebensowenig sind hohe Gewinne das einzige Mittel zur Sicherung der Kapitalbildung.

15. Wo die Ausgaben der Verbraucher trotz gewerkschaftlicher Aktion nicht ausreichen, um die Vollbeschäftigung zu sichern, wird eine Neuverteilung des Sozialprodukts erforderlich. Es ist Aufgabe der Regierung, für eine Verteilung der Einkommen zu sorgen, durch die ein ausreichendes Niveau der Verbraucherausgaben garantiert wird. Zu den Methoden, die von den Regierungen zu einer Neuverteilung des Sozialprodukts ergriffen werden können, gehören Steuernmaßnahmen, Sozialversicherungsleistungen – unter gewissen Umständen auch Lebensmittel und sonstige Subsidien – sowie direkte Regierungsausgaben für Waren und Dienstleistungen.

16. Zur Kompensierung von Kaufkraftdefiziten und zur Bekämpfung von Inflationsgefahren sollte die Regierung mit entsprechenden Maßnahmen eingreifen. Derartige staatliche Maß-

nahmen sollten außerdem durchgeführt werden, um nachteiligen Entwicklungen der Kaufkraft vorzubeugen und jeglicher Gefahr für die Vollbeschäftigung entgegenzutreten. In Ländern mit einem drohenden Rückgang im Inlandsbedarf gehören Erhöhungen in den Freisätzen der Einkommenssteuer, Senkungen der Verbrauchssteuern und sonstiger indirekter Steuern zu den wirkungsvollsten Anreizmitteln für eine erhöhte Kaufkraft. Auf dem Gebiet der Sozialversicherung sind angemessene Arbeitslosenunterstützungen ein außerordentlich wichtiger Stabilisierungsfaktor. In wirtschaftlich unterentwickelten Ländern mit besonders niedrigen öffentlichen Haushalten kann es, als Alternative, zweckmäßig sein, Arbeitslose soweit wie möglich bei konstruktiven Arbeitsprojekten zu beschäftigen.

17. Das Argument, daß kompensierende Maßnahmen zu einem Defizit im Regierungshaushalt führen können, ist nicht stichhaltig. Wenn auch stets notwendig ist, Verschwendungen im Regierungsapparat wie auch in der Wirtschaft zu vermeiden, so scheint der Begriff des ausgeglichenen Budgets doch zu eng, besonders dann, wenn das Budget auch Kapitalausgaben einschließt. Wesentlich ist, ein Gleichgewicht zwischen der Gesamtproduktion bei Vollbeschäftigung und den Gesamtausgaben der Volkswirtschaft herzustellen.

Kapitalbildung

18. Kapitalbildung im Sinne von Investitionskapital ist notwendig, um den Produktionsapparat aufrechtzuerhalten und zu vergrößern. Allerdings ist das für die Sicherung der Vollbeschäftigung notwendige Privatkapital nicht immer zur Hand. Außerdem findet sich nicht immer Privatkapital, das bereit ist, sich in Investitionen für Wirtschaftszweige wie den Wohnungsbau einzulassen, der eine soziale Notwendigkeit ist. In solchen Fällen sind öffentliche oder von der öffentlichen Hand gelenkte Investitionen unentbehrlich.

19. In bestimmten Ländern besteht ein dringender Bedarf an der Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten durch Kapitalbildung, doch werden trotz dem bestehenden Inlandmarkt für die Waren, die mit dem neuen Kapital produziert werden könnten, Investitionen nur im unzulänglichen Umfange vorgenommen. Die freien Gewerkschaften fordern die Ermutigung privater oder öffentlicher Investitionen, damit die Produktionsquellen dieser Länder aus- und aufgebaut werden können.

20. Unter Unternehmern ist heute weitgehend die Praxis verbreitet, ihre eigenen Investitionen durch Zurückhalten von Gewinnen zu finanzieren. Diese Methode kann Fehlinvestitionen verursachen und neue Unternehmungen und Industrien mit niedriger Gewinnspanne selbst dann von den Kapitalquellen abschneiden, wenn ihr Ausbau für eine gesunde Entwicklung der Wirtschaft unbedingt notwendig ist. Selbstfinanzierungen unterliegen nicht den

auf dem Kapitalmarkt bestehenden Kontrollen und können leicht jeder staatlichen Kontrolle entschlüpfen. In einigen Ländern hat der starke Investitionsbedarf zu einer Steuerpolitik geführt, die die Zurückhaltung von Gewinnen fördert, doch sollten die Regierungen ein wachsames Auge auf Selbstfinanzierungen haben, sich darum bemühen, sie in den mit einer gesunden Entwicklung der Wirtschaft zu vereinbarenden Grenzen zu halten und Schritte unternehmen, um Investitionen in jene Industrien zu lenken, deren Ausbau für das Land besonders wichtig ist.

21. In einigen Ländern besteht die der Erreichung der Vollbeschäftigung und der wirtschaftlichen Entwicklung höchst abträgliche Tendenz, erhebliche Kapitalmittel, vor allem Gewinne, brachliegen zu lassen, anstatt sie für produktive Investitionen heranzuziehen. Die freien Gewerkschaften fordern Maßnahmen, wie die Besteuerung von brachliegendem Kapital, zur Vermeidung seiner Anhäufung.

22. Um Vollbeschäftigung zu erreichen oder aufrechtzuerhalten, wird die Höhe und Richtung der Investitionen in vielen Fällen von der Regierung beeinflußt werden müssen. Das kann entweder indirekt geschehen, durch Kreditpolitik, Investitionskontrollen und Steuerpolitik oder direkt durch Investitionen der öffentlichen Hand.

23. Die Kreditpolitik beeinflußt die Investitionen durch die Festlegung von Zinssätzen, die Gewährung öffentlicher Kredite, die Schaffung von Kreditinstituten oder durch die Kontrolle des privaten Kredits. Im allgemeinen ist es erstrebenswert, eine selektive Kreditkontrolle auszuüben und Investitionen, besonders diejenigen sozialen Charakters, durch eine Politik niedriger Zinssätze zu fördern. Bei allen Regierungsmaßnahmen zugunsten billiger Kredite für Sozialinvestitionen und Verbrauch sollte dafür gesorgt werden, daß die vermittelnden Kreditinstitute an übermäßigen Gewinnen auf Kosten der Verbraucher gehindert werden. Eine Politik billiger Kredite ist um so mehr gerechtfertigt, als es fraglich ist, ob hohe Zinssätze eine fühlbare Auswirkung auf die Höhe der Ersparnisse haben, die für Investitionen bereitstehen.

24. In welchem Umfange Investitionen der öffentlichen Hand Privatinvestitionen ergänzen, hängt großenteils von der relativen Größe des öffentlichen Sektors der Wirtschaft ab. In jedem Falle gibt es in allen Ländern einen ausgesprochenen Bedarf an solchen Investitionen der öffentlichen Hand, wie Straßen, Wasserwege, Wasserversorgung usw., sowie besonders an Sozialinvestitionen, wie Schulen, Krankenhäuser und andere, die gewöhnlich in staatlichen Händen sind. In gewissen Ländern müssen Grundindustrien mittels öffentlicher Investitionen aufgebaut oder vergrößert werden.

25. Eine der bedeutendsten Sozialinvestitionen gilt dem Wohnungsbau. Angesichts des Wohnungsdefizits, das sich infolge des Krieges vergrößert hat, sind in den meisten Ländern öffentliche oder öffent-

lich gelenkte Investitionen für diesen Zweck besonders dringlich, sowie angesichts des mangelnden Interesses des Privatkapitals, Wohnungen zu bauen, deren Mietsätze von den niedrigeren Einkommensgruppen bezahlt werden könnten, oder Wohnhäuser zu bauen, deren Preis für diese Bevölkerungsgruppen erschwinglich wäre. Da gute Wohnungsverhältnisse für einen befriedigenden Lebensstandard unerlässlich notwendig sind und der Wohnungsbau gleichzeitig stark zur Beschäftigung von Arbeitskräften beiträgt, verdient der Bau angemessener Wohnungen zu niedrigen Miet- oder Verkaufspreisen besondere staatliche Förderung.

Produktivität

26. Steigende Produktivität ist ein wesentliches Merkmal einer sich ausweitenden Vollbeschäftigungswirtschaft. Erhöhte Produktivität kann zur Hebung des Lebensstandards entscheidend beitragen, dadurch, daß sie eine stärkere Versorgung mit Waren und Dienstleistungen, kürzere Arbeitszeit oder geringere Anspannung der Arbeitskraft ermöglicht. Während erhöhte Produktion wesentlich von technischer und unternehmerischer Leistungsfähigkeit abhängt, wird der Umfang, in dem die erhöhte Produktivität zu einem höheren Lebensstandard führt, entscheidend von der Wirksamkeit gewerkschaftlicher Aktionen für ein steigendes Lebensniveau der Arbeiterschaft und von einer fortschrittlichen und gerechten Steuerpolitik bestimmt.

Erhöhte Produktivität sollte von erhöhter Produktion und großem Verbrauch begleitet sein, um technologische Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

27. Die Gewerkschaften verlangen, daß die Arbeiter einen gerechten Anteil an dem durch neue Produktionsmethoden und höhere Produktivität erzielten Gewinn erhalten. Kollektivverhandlungen und Befragung der Gewerkschaften sind erforderlich, um einen Schutz gegen Antreibermethoden und sonstige Formen der Ausbeutung der Arbeitskraft unter sich verändernden Produktionsmethoden zu gewährleisten. Die schnelle Absorbierung aller Arbeiter, die infolge technologischer Veränderungen freigesetzt werden, sollte durch Kollektivabkommen und entsprechende staatliche Maßnahmen sichergestellt werden.

Schwierigkeiten, die sich bei einer Vollbeschäftigung ergeben können

28. Die Erfahrung einer Reihe von Ländern zeigt, daß für eine Vollbeschäftigungswirtschaft gewisse schwierige, wenn auch überwindbare sozial- und wirtschaftspolitische Probleme entstehen können. Um Knaptheit an Arbeitskräften in bestimmten Beschäftigungszweigen zu verhindern und um Freisetzung von Arbeitern auszu-

gleichen, die technologischen Veränderungen folgen, sollten die Beschäftigungssuchenden durch Schulungs- und Umschulungsprogramme dem Bedarf der Industrie entsprechend ausgebildet werden. Außerdem ist es wichtig, Arbeitsmöglichkeiten anziehend zu gestalten. Ein weiteres Problem ist das der Beweglichkeit der Arbeitskraft in geographischer Hinsicht wie auch zwischen Industrien, ein Problem, das sich vor allem bei dem bestehenden Wohnungsmangel als sehr schwierig erwiesen hat. Die Gewerkschaften befürworten Maßnahmen, mit denen die Beweglichkeit der Arbeitskraft gefördert wird, bevorzugen jedoch die Bereitstellung von Arbeitsplätzen an Ort und Stelle, soweit dies möglich ist.

29. Ferner taucht das Problem auf, ein richtiges Gleichgewicht zwischen der Gesamtnachfrage und der Gesamtproduktion von Waren und Dienstleistungen zu halten. Die freien Gewerkschaften fordern, daß dieses Gleichgewicht auf einem hohen Produktions- und Beschäftigungsniveau erreicht wird. Sie erklären, daß für die Weltwirtschaft als ganzes gegenwärtig weniger von einer tatsächlichen und unmittelbaren Inflationsgefahr gesprochen werden kann als von der Gefahr der Deflation und Arbeitslosigkeit.

30. Dennoch soll anerkannt werden, daß sich diejenigen Industrieländer, deren Wohlstand von einem hohen und stabilen Außenhandelsniveau abhängt, vor einer möglichen Inflation bei Vollbeschäftigung schützen sollten, selbst dann, wenn in diesen Ländern starke und ständige Bemühungen um Produktionserhöhungen gemacht werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß selbst unter diesen Umständen eine übermäßige Erhöhung des gesamten Geldeinkommens zu einer inflatorischen Spirale der Preise, Löhne und Kosten führen kann. Wenn die letzte Instanz für wirtschaftspolitische Maßnahmen auch bei den Regierungen liegt, so tragen die Gewerkschaften auch eine gewisse Verantwortlichkeit und werden sich überlegen, welche Rolle sie für die Vermeidung von Inflation zu spielen haben. Ihre Politik wird sich jederzeit nach den besonderen Verhältnissen ihres Landes richten. Während sie sich stets für einen höheren Lebensstandard einsetzen, haben sie es in einigen Ländern für zweckmäßig befunden, eine zurückhaltende Lohnpolitik zu verfolgen, unter der Bedingung, daß andere Wirtschaftsgruppen eine gleiche Haltung einnehmen.

31. Inflation kann durch Tendenzen hervorgerufen werden, die ein einzelnes Land schwerlich unter Kontrolle halten kann. Der Koreakrieg hat bewiesen, daß die internationale Organisation der Wirtschaft noch nicht ausreicht, um zu verhindern, daß Inflation sich rasch in der ganzen Welt ausbreitet. Selbst Ländern mit gut entwickelten steuer- und verwaltungstechnischen Einrichtungen fällt es schwer, schnell und durchgreifend genug mit inflatorischen Situationen fertig zu werden und der Bevölkerung Härten zu ersparen. In solchen Situationen sollten solche Maßnahmen ergriffen werden,

wie Steuer- und Kreditpolitik, direkte Produktionskontrollen, Zuteilung von Rohstoffen und Maßnahmen zur Erhöhung der Produktivität.

32. In Ländern, die ihre Bemühungen stark auf die Industrialisierung konzentrieren und in denen ein erheblicher Teil des Sozialprodukts für Investitionen bestimmt ist, kann sich eine Inflation entwickeln, bevor die Vollbeschäftigung erreicht ist; gleichfalls kann dort eine Inflation auch im Zustand der Vollbeschäftigung anhalten, obwohl das Produktionsvolumen ständig steigt. Dieser Schwierigkeit könnte durch finanzielle Hilfe von außerhalb und durch die Investition ausländischen Kapitals unter ausreichendem Schutz für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Empfangslandes bis zu einem gewissen Grade abgeholfen werden.

Wirtschaftlich unterentwickelte Länder

33. Die Beschäftigungsprobleme der wirtschaftlich unterentwickelten Länder sind besonders ernst, da in vielen dieser Länder die wirtschaftlichen Hilfsquellen zur vollen Beschäftigung der Arbeitskraft nicht ausreichen. Außer dieser Arbeitslosigkeit herrscht in zahlreichen dieser Länder ein erhebliches Maß an Unterbeschäftigung. Besonders ernst ist die Lage in den ländlichen Gebieten. Die Zahl der Landwirte und Landarbeiter übersteigt bei weitem die Zahl der für die landwirtschaftliche Arbeit erforderlichen Arbeitskräfte. Dieses Problem der Unterbeschäftigung kann vor allem durch eine allgemeine wirtschaftliche Entwicklung der Hilfsquellen dieser Länder gelöst werden. Zur Erleichterung der äußerst schwierigen Verhältnisse in den Landbezirken sind Landgewinnung und Bewässerung, Landreform auf einer gesunden Grundlage, neue Systeme landwirtschaftlicher Organisation und Methoden und die Entwicklung neuer Industrien in diesen Gebieten (ohne Benachteiligung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter in den Stadtbezirken) erforderlich. Die Entwicklung von Erzeuger-, Verteiler- und Kreditgenossenschaften ist besonders wichtig für die Lösung der Probleme der ländlichen Gebiete.

34. Die Kaufkraft der Verbraucher in dieser Ländergruppe ist außerordentlich niedrig. Jede erhebliche Erhöhung der Kaufkraft setzt die Entwicklung der Wirtschaft dieser Länder voraus. Die freien Gewerkschaften stehen in entschiedener Opposition gegen die Finanzierung dieser Entwicklung durch eine weitere Senkung der in diesen Ländern vorherrschenden niedrigen Löhne. Soweit die inländische Finanzierung durch die Besteuerung der Wohlhabenden und mittels privater und öffentlicher Ersparnisse nicht ausreicht, ist eine ausländische, vor allem internationale finanzielle Hilfe für die gesunde soziale und wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder unentbehrlich.

35. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Fortschritt dieser Ländergruppe ist die harmonische Entwicklung aller Wirtschaftszweige, der industriellen wie der landwirtschaftlichen Sektoren, und ein vernünftiger Ausgleich zwischen Wirtschafts- und Sozialinvestitionen. Eine sehr sorgfältige und systematisch durchgreifende Gesamtplanung seitens der Regierungen dieser Länder wie auch auf internationaler Ebene und eine wirkungsvolle Teilnahme der freien Gewerkschaften sind aus diesem Grunde von größter Bedeutung.

Internationale Bedingungen der Vollbeschäftigung

36. Vollbeschäftigung, hohe Produktion und ein hoher Lebensstandard können am leichtesten in einer Weltwirtschaft erreicht werden, die auf einen starken Warenaustausch zwischen den Nationen gegründet ist. Für zahlreiche Nationen ist der Außenhandel eine Lebensnotwendigkeit, und fast alle werden von Veränderungen in der Wirtschaftslage anderer Länder stark beeinflußt. Arbeitslosigkeit ist eine Krankheit, die schnell von einem Land zum andern überspringen kann. Eine solche Infektion ist besonders für spezialisierte Länder gefährlich, die weitgehend vom Außenhandel abhängig sind. Die freien Gewerkschaften betonen, daß eine Vollbeschäftigungspolitik der hauptsächlichen Industrieländer von großer internationaler Bedeutung ist. Die Vollbeschäftigungspolitik der einzelnen Regierungen muß international koordiniert werden und mit einer ständigen Ausweitung des internationalen Handels verknüpft sein.

37. Der freie Strom des internationalen Handels wird durch künstliche Handelsschranken aller Art behindert. Die Einschränkungen, von denen der europäische Handel betroffen wird, haben erhebliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen; zur Lockerung dieser Schranken sind bestimmte Maßnahmen ergriffen oder vorgeschlagen worden.

38. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (OEEC) hat versucht, die Handelsschranken in Europa durch Liberalisierung des Außenhandels und der Devisenkontrolle abzubauen. Diese Bemühungen galten hauptsächlich mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen. Zollsenkungen wurden unter dem General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) – Allgemeines Abkommen über Zölle und Handel – durchgeführt; in einer Reihe von Ländern hat die Beibehaltung hoher Zölle jedoch die durch die Aufhebung mengenmäßiger Beschränkungen geschaffenen Vorteile beschnitten. In einigen Fällen sind Zollschränken tatsächlich erhöht worden, um andere Liberalisierungsmaßnahmen unwirksam zu machen. Außerdem sind landwirtschaftliche Produkte, deren Ausfuhr für bestimmte Länder lebenswichtig ist, von der Liberalisierung des Handels bedauerlich wenig, wenn überhaupt erfaßt worden. Selbst die beschränkten Maßnahmen, die ergriffen worden waren, waren gefähr-

det und wurden in einigen Fällen aufgegeben, als die Konjunktur abflaute. Nur eine sich ausweitende Wirtschaft kann leicht die Erschütterungen abfangen, die die strukturellen Anpassungen mit sich bringen, von der jede Liberalisierung der Handelspolitik begleitet wird. Die Europäische Zahlungsunion hat eine positive Rolle bei den Bemühungen gespielt, den Handel zwischen den europäischen Ländern auszuweiten und stabile Zahlungsbilanzen zwischen ihnen aufrechtzuerhalten. Diese Politik sollte verstärkt werden, jedoch darf sie nicht in einer Weise verfolgt werden, die die Vollbeschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten gefährden könnte.

39. Einige europäische Regierungen, die es bisher an der Durchführung umfangreicher Liberalisierungsprogramme mehr oder weniger haben fehlen lassen, neigen jetzt dazu, den Vorschlägen orthodoxer Kreise der Geld- und Kreditwirtschaft Gehör zu schenken, die eine Ausweitung des internationalen Handels durch freie Konvertibilität der Währungen anstreben. Soweit der internationale Handel ein gesundes Gleichgewicht aufweist, kann die Konvertibilität seiner Expansion wertvollen Dienst leisten; dies ist jedoch höchst zweifelhaft, wenn sie lediglich durch Aufrechterhaltung scharfer Einfuhrbeschränkungen erreicht wird. In der heutigen weltwirtschaftlichen Situation könnte die Konvertibilität leicht zur Verschärfung von Einfuhrbeschränkungen und zu einer Einengung des Welthandels führen.

40. Die direkte Hilfeleistung der Vereinigten Staaten an Westeuropa ist von unschätzbarem Wert gewesen, und zwar nicht nur für die Wiederbelebung der Produktion, sondern auch für die Überwindung des europäischen Außenhandelsdefizits. Diese Hilfe wird jedoch jetzt eingeschränkt, und es dürfte kaum erwartet werden, daß sie für unbegrenzte Zeit weiter geleistet wird.

Es ist notwendig, bereits erzielte Erfolge aufrechtzuerhalten und die westeuropäische Zahlungsbilanzposition weiter zu verbessern. Ein begrüßenswerter Beitrag zur Verwirklichung dieses Ziels wäre die Herabsetzung der amerikanischen Zölle und der verwaltungsmäßigen Handelsschranken sowie Änderungen der gesetzlichen Bestimmungen, durch die der Handel eingeschränkt wird. Dies wird auf der Basis der Gegenseitigkeit zwischen den Vereinigten Staaten und Europa leichter durchzuführen sein.

41. Die Ausweitung der Wirtschaft und eine Vollbeschäftigung weltweiten Umfanges werden gefördert durch eine Ausdehnung des Bereichs internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit, durch die Schaffung eines gemeinsamen Marktes für Rohmaterial und Fertigwaren, freie Konvertibilität der Währungen und internationale Bewegungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer. Die freien Gewerkschaften begrüßen die jetzt in Europa und in Zentralamerika geplanten regionalen Integrationsprogramme als einen Schritt zu einer solchen wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

42. Die Wirtschaftsintegration muß so geplant werden, daß eine plötzliche Unterbrechung bestehender Handels- und Produktionswege vermieden wird, die nur zu einer Verschwendug von Investitionen und zu Arbeitslosigkeit führen würde. Anderseits sollte die wirtschaftliche Integration die Wirtschaft auf ihrem gegenwärtigen niedrigen Niveau nicht einfrieren, noch sollte es den sie planenden und verwaltenden Behörden gestattet werden, als getarnte internationale Kartelle zu wirken und Produktion und Beschäftigung einzuschränken.

43. Einige Anpassungsprozesse, mit denen Härten verbunden sein können, sind bei einer wirtschaftlichen Integration unvermeidbar, doch sollten sie sich letztlich zum Nutzen jedes teilnehmenden Landes auswirken. Alle Länder sollten an den Vorteilen und Lasten der Integration in angemessener Weise beteiligt werden.

44. Die freien Gewerkschaften haben sich bereit erklärt, bei den Integrationsprogrammen mitzuwirken; gleichzeitig fordern sie ihren rechtmäßigen Platz in den die Integration planenden und verwaltenden internationalen Organen.

45. Die freien Gewerkschaften haben bei der Schaffung der Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft mitgewirkt und sie als einen ersten Schritt zur europäischen Integration begrüßt. Sie können mit Recht erwarten, daß das Entwicklungstempo in Richtung einer dynamischen Integration innerhalb der Gemeinschaft jetzt beschleunigt wird, vor allem auf den Gebieten des Lebensstandards, der Sozialversicherung und des Wohnungsbaus. Weitere gegenwärtig zur Erörterung stehende Maßnahmen, die zu engerer europäischer Zusammenarbeit und zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes führen, wie die Errichtung eines Europäischen Wirtschafts- und Sozialrates, sollten im Rahmen einer sich ausweitenden Wirtschaft mit Eifer und Schnelligkeit vorwärtsgetrieben werden.

46. Gegenwärtig gibt es Länder mit einem Ueberschuß beschäftigungsloser Arbeitskraft und andere mit einer Knappheit an Arbeitskräften, sei es allgemeiner Knappheit oder teilweise in bestimmten Industrien. Die internationale Wanderungsbewegung ist daher vorteilhaft für die stark bevölkerten Länder mit Arbeitslosen, die auswandern wollen, wie auch für die Länder, die Einwanderer aufnehmen können. Im Sinne der vom Dritten Weltkongreß des IBFG angenommenen Resolution über internationale Wanderungsprobleme fordern wir die Regierungen und Gewerkschaften der Länder mit ausreichenden Beschäftigungsmöglichkeiten auf, die Einwanderung zu erleichtern und gleichzeitig Schutzvorkehrungen für die Arbeits- und Lebensbedingungen der einheimischen Arbeiter wie der Einwanderer zu treffen.

Eine oft vorzuziehende Alternative für die internationale Wanderung ist die Kapitaleinfuhr in Länder mit überschüssiger Arbeitskraft.

47. Die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Internationale Währungsfonds haben für die Förderung der Entwicklung und Ausweitung der Wirtschaft sowie für die Hilfeleistung an Länder, die vor Zahlungskrisen stehen, bisher keine große Rolle gespielt. Die freien Gewerkschaften fordern daher eine größere Bereitstellung von Geldmitteln für die Internationale Bank sowie die Abänderung ihrer Satzung, damit sie unterentwickelten Ländern und übervölkerten Ländern mit chronischen Beschäftigungsproblemen größeren Beistand geben kann, ohne kommerziellen Erwägungen und den marktüblichen Zinssätzen zu stark Rechnung tragen zu müssen. Der Internationale Währungsfonds sollte mit ausreichenden Mitteln ausgestattet sein, um Ländern bei vorübergehenden Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten helfen zu können und somit Gefahren für die Beschäftigung in diesen Ländern wie in denjenigen Ländern abzuwenden, mit denen sie Handel treiben.

48. Die Stabilisierung der Rohstoffmärkte würde die Vollbeschäftigung in den Erzeuger- und Verbraucherländern begünstigen. Die freien Gewerkschaften sprechen sich daher für den Abschluß internationaler Stabilisierungsabkommen aus, mit denen ein übermäßiges Steigen und Sinken der Preise dieser Waren und ihres Produktionsvolumens vermieden werden soll.

49. Die wirtschaftlich unterentwickelten Länder sind ein wichtiger Teil der Weltwirtschaft; ihr Streben nach Vollbeschäftigung und einem höheren Lebensstandard ihrer Völker kann auch eine Rolle für die Bereitstellung von Beschäftigungsmöglichkeiten in Industrieländern spielen.

50. Die freien Gewerkschaften werden ausländische Finanzhilfen für den Aufbau der Landwirtschaft und Industrie der unterentwickelten Länder unterstützen, vorausgesetzt, daß sie in erster Linie den Wohlstand der Empfangsländer fördern sollen und nicht dazu benutzt werden, diese Nationen in politische oder wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen.

Die von einzelnen Regierungen und internationalen Organisationen den unterentwickelten Ländern bereits geleistete wertvolle finanzielle und technische Hilfe sollte von den Vereinten Nationen koordiniert und stark erweitert werden.

51. Es ist notwendig, daß die Vereinten Nationen die weltwirtschaftliche Entwicklung fördern und koordinieren und dazu beitragen, die wirtschaftliche Tätigkeit auf einem hohen Niveau zu halten. An dieser Arbeit sollten nicht nur die Regierungen, sondern auch die Arbeitnehmer und Verbraucher durch ihre Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisationen beteiligt werden.

Aufgaben der Regierungen

52. Eine stabile und sich ausweitende Wirtschaft, die jedem Menschen Möglichkeiten der Beschäftigung, des wirtschaftlichen Auf-

stiegs und des schöpferischen Mitwirkens gibt, kann erreicht und aufrechterhalten werden, wenn alle wirtschaftlichen Gruppen und Institutionen auf dieses Ziel hinarbeiten. Die Regierungen können einen gewaltigen Einfluß auf die Wirtschaft ausüben. Die Vollbeschäftigung zu verwirklichen und aufrechtzuerhalten, ist mithin, gleichgültig unter welchem Wirtschaftssystem, eine besondere Aufgabe der Regierungen.

53. Die freien Gewerkschaften weisen alle Vorwände für Arbeitslosigkeit zurück, die besagen, daß Vollbeschäftigung mit bestimmten Formen des herrschenden Wirtschaftssystems unvereinbar oder aber Arbeitslosigkeit zu deren Schutz erforderlich sei.

54. Um ihrer Aufgabe, für die Vollbeschäftigung zu sorgen, entsprechen zu können, sollten die Behörden mit ausreichenden Informationen über die wirtschaftlichen Bedingungen des Landes versehen sein. Vor allem sollten sie systematisch Wirtschaftsbilanzen und Haushaltspläne für die gesamte Volkswirtschaft aufstellen, um Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt sowie alle anderen Produktionsfaktoren in den verschiedenen Wirtschaftszweigen richtig abschätzen zu können.

55. Die Gewerkschaften verurteilen jeglichen Versuch seitens der Behörden, Beschäftigungsstatistiken zu fälschen oder zu manipulieren, um den wahren Stand der Arbeitslosigkeit zu verschleieren.

56. Die Regierung sollte die wirtschaftliche Tätigkeit so weit kontrollieren und koordinieren, als für die Erreichung und Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung notwendig ist, und sollte zu diesem Zweck geeignete Institutionen und Organisationen schaffen.

57. Sobald ein Wirtschaftszweig seinen Beitrag zur Erreichung der Vollbeschäftigung nicht leistet, sollte die Regierung diese Wirtschaftstätigkeiten kontrollieren, ergänzen oder übernehmen. Vor allem sollte die Regierung einschränkende Geschäftspraktiken verhindern, durch die Produktion und Beschäftigung beschnitten und die Preise hochgehalten werden.

58. Es ist Aufgabe der Regierungen, durch direkte oder indirekte Methoden alle technischen, organisatorischen und sonstigen Voraussetzungen für die Vollbeschäftigung zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Zu den wesentlichsten Bedingungen gehören die Herbeiführung und Aufrechterhaltung eines angemessenen Niveaus wirksamer Nachfrage, die notwendigen Kapitalanlagen und eine gesicherte Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung.

59. Arbeitslosigkeit kann durch strukturelle Veränderungen in der Nachfrage oder in der Produktion hervorgerufen werden, durch die eine Neuverteilung von wirtschaftlichen Hilfsquellen, die Arbeitskraft inbegriffen, erforderlich wird. Zur Verminderung der hierdurch entstehenden Arbeitslosigkeit sollten die Regierungen Maßnahmen zur Förderung einer hohen Beweglichkeit der Arbeitskraft ergreifen. Zu den wichtigsten Maßnahmen auf diesem Gebiet gehören

die Bereitstellung von Berufsschulen, leistungsfähigen Arbeitsämtern, ausreichenden Arbeiterwohnungen und Wanderungserleichterungen.

60. Die Regierungen der Industrieländer sollten Programme zur Beschaffung von Anleihen und Kapitalbeihilfen und zur Belebung des Stroms von privatem Investitionskapital nach wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten fördern. Solche Programme sollten über die Vereinten Nationen und andere geeignete Stellen durchgeführt werden, sie sollten Schutz gegen Ausbeutung der Arbeitskraft bei der Durchführung derartiger Investitionen bieten und den freien Gewerkschaften die Gelegenheit geben, die beabsichtigten Projekte zu erörtern und zu überprüfen. Die freien Gewerkschaften fordern insbesondere die sofortige Errichtung des UN-Sonderfonds für wirtschaftliche Entwicklung. Die Industrieländer sollten auch ihren Aufgaben im Rahmen bestehender Programme, wie des Colombo-Plans und des Punkt-Vier-Programms, nachkommen und sich für eine erweiterte Hilfe weltweiten Umfangs an wirtschaftlich unterentwickelte Länder einsetzen.

Schlußfolgerungen

61. Die Arbeitslosigkeit, seit langem einer der schlimmsten Geißeln des Industriealters, ist immer ein Gegenstand stärkster Besorgnis für die Arbeiter gewesen. Die freien Gewerkschaften sind der Auffassung, daß die Arbeitslosigkeit überwunden werden kann und muß und daß wirtschaftliche Expansion und sozialer Fortschritt ständig aufrechterhalten werden müssen. Sie sind fest entschlossen, ihre Bemühungen um Verwirklichung dieses Ziels fortzusetzen.

62. Die freien Gewerkschaften sind sich völlig darüber im klaren, daß sie durch ihre eigene unmittelbare Aktion von sich aus einen bedeutungsvollen Beitrag dazu leisten können. Gewerkschaftliche Bemühungen, den Arbeitern einen hohen Lebensstandard zu sichern, haben einen gewaltigen Einfluß auf die Wirtschaft und können entscheidend zur Vollbeschäftigung beitragen. Es darf gleichfalls nicht übersehen werden, daß in der Vergangenheit die Kürzung der Arbeitszeit weitgehend zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt beigetragen hat, was auch künftig zweifellos überall der Fall sein wird, wo noch eine übermäßig lange Arbeitszeit besteht.

Derartige gewerkschaftliche Aktionen auf betrieblicher, industrieller und nationaler Ebene sind von besonderem Wert in einer Zeit, in der die Wirtschaft von Einschränkungen bedroht ist. Im Falle, daß Verteidigungsausgaben beschnitten werden sollten, kann der gewerkschaftliche Druck für höhere Löhne im Kampf um die Vollbeschäftigung entscheidend werden.

63. Nirgends sind Lohnsteigerungen dringender notwendig als in den wirtschaftlich unterentwickelten Ländern, wo der Lebensstandard der Arbeiter erbärmlich niedrig ist. In diesen Ländern sind

starke Gewerkschaften von wesentlicher Bedeutung. Ihre Aktion ist notwendig, um die Löhne der Arbeitenden zu erhöhen und indirekt durch Erhöhung der Kaufkraft, Beschäftigungsmöglichkeiten für diejenigen zu eröffnen, die ohne Arbeit sind.

64. Die freien Gewerkschaften werden mit ihren nachhaltigen Bemühungen fortfahren, eine universelle Anerkennung der Vollbeschäftigung als die höchste wirtschaftliche Zielsetzung jeder Gesellschaft zu gewährleisten, die nach allgemeinem Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit strebt.

65. Sie verlangen, daß die Regierungen ihre Verantwortung für die Verwirklichung und Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung anerkennen und dieser Verpflichtung nachkommen. Sie machen darauf aufmerksam, daß hiermit bestimmte Aufgaben verbunden sind und daß sie auf deren Erfüllung drängen werden.

66. Die Vollbeschäftigung sollte als ein Weltproblem behandelt werden. Die freien Gewerkschaften fordern, daß sämtliche internationalen Organisationen, die sich mit Wirtschafts- und Sozialfragen beschäftigen, die Vollbeschäftigung als das vornehmliche Ziel wirtschaftlicher Maßnahmen anerkennen, daß sie ihren Aufgaben auf diesem Gebiet in jeder Hinsicht nachkommen und daß sie, wo immer notwendig, zu diesem Zweck neue internationale Organe errichten.

67. Wir fordern, daß die wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben der Regierungen, ihre Verantwortung für die Vollbeschäftigung inbegriffen, in enger Fühlungnahme mit und unter Teilnahme der freien Gewerkschaften durchgeführt werden. Die freien Gewerkschaften verlangen daher nachdrücklich ein Vertretungs- und Mitwirkungsrecht in allen Institutionen und Organisationen, die für die Ausarbeitung und praktische Durchführung wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen zuständig sind.

Sie stehen ferner zu der Auffassung, daß sie als Vertreter der Interessen der Arbeitnehmer berechtigt sind, nicht nur in nationalen Organisationen tatkräftig mitzuwirken, sondern ebenso in regionalen und Weltorganisationen, die sich mit wirtschaftlichen und sozialen Fragen befassen.

68. Die gewerkschaftlichen Aktionen für Vollbeschäftigungsmassnahmen auf industrieller und nationaler Ebene werden durch die fortgesetzten Bemühungen des IBFG und seiner Regionalorganisationen auf regionalen und internationalen Ebenen ergänzt und gestärkt. Diese Aktionen werden mit der von den angeschlossenen Organisationen durchgeführten Tätigkeit koordiniert.

69. Die Erreichung und Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung erfordern umfangreiche Maßnahmen auf allen Gebieten. Die Haltung der Gewerkschaften zu diesen Maßnahmen ist in dieser Erklärung umrissen. In Erkenntnis der notwendigen Koordinierung der gewerkschaftlichen Aktionen auf diesem Gebiet gibt der Exekutivausschuß

diese Erklärung als Anleitung für die freien Gewerkschaften bei ihrem Kampf um die Vollbeschäftigung ab. Wir sind überzeugt, daß die Erfüllung unserer Forderungen und die Durchführung der hier aufgezeichneten Maßnahmen zu dem Ziel der Beschäftigung für alle führen wird, die arbeitsfähig und arbeitswillig sind.

Jugoslawische Arbeiter in der Schweiz

Eine Aktion des Internationalen Arbeitsamtes (IAA)

Jugoslawien begann gleich nach Kriegsende seine Industrie wieder aufzubauen und in einem begrenzten Ausmaße zu entwickeln. Es zeigte sich indessen bald, daß ihm zur rationellsten Ausnützung der vorhandenen Produktionsmittel entsprechend geschulte Kader fehlten. Die jugoslawische Regierung ersuchte deshalb das Internationale Arbeitsamt um technischen Beistand. Die Art der zu leistenden Hilfe wurde in dem hierauf getroffenen Uebereinkommen wie folgt festgelegt:

1. Das IAA soll in modernen europäischen Betrieben hochqualifizierte Werkmeister suchen, um sie der jugoslawischen Industrie für drei bis zwölf Monate, je nach Branche, als Instruktoren zur Verfügung zu stellen.
2. Umgekehrt soll sich das IAA bemühen, für rund 370 jugoslawische Vorarbeiter, Techniker und Arbeiter in modernen ausländischen Betrieben Studienplätze zu finden, wo sie die notwendige praktische Ausbildung und das technische Verständnis erhalten können, das sie nach Rückkehr in ihre Heimat befähigt, selbst Arbeiten nach wirtschaftlichsten Grundsätzen zu organisieren und durchzuführen, als auch andere Arbeiter nach diesen neuen Methoden zu schulen.

Bisher sind 18 Instruktoren aus Belgien, Deutschland, Frankreich und Großbritannien nach Jugoslawien gereist, und überall, wo sie Hand anlegten, erreichten sie merkbare Produktionssteigerungen und Qualitätsverbesserungen.

Anderseits fuhren bis Ende Mai 1953 210 jugoslawische Arbeiter nach Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Holland, Österreich und der Schweiz; 45 weitere Leute werden demnächst in den verschiedenen Ländern eintreffen.

Die Mitarbeit der Schweiz

54 Jugoslawen fanden bisher in 28 schweizerischen Unternehmungen Studienmöglichkeiten. Alle zeigten großen Lerneifer, und manche unter ihnen wechselten während ihres Aufenthaltes die Gastrofabrik, um ihren Erfahrungskreis möglichst weit zu gestalten.